

Ohne Freiheit ist alles nichts.

Dr. Heike Dörrenbächer / Michael A. Hehn / Stefan Melnik

Eine Umfrage unter Kiewer Bürgern vom 25. September 2009 förderte folgende Ansichten zum Thema Liberalismus zutage:

„Liberalismus ist, wenn man auswählen kann.“
Andriy, 22, Student

„Liberale sind gleichgültig. Sie wollen keinen Einfluss auf die Gesellschaft ausüben“ Anna, 46, Managerin

„Liberalismus, das ist für die Unentschiedenen“
Lilya, 21, Sekretärin

„Liberalismus hat etwas mit Liberty zu tun und bedeutet Freiheit“
Julija, 29, Angestellte

„Der, der sich frei fühlt, ist liberal“
Tanya, 30, Buchhalterin

„Liberalismus funktioniert in Ländern, in denen es schon Ordnung gibt. In der Ukraine ist Liberalismus zu Banditismus geworden“
Gorpyna, 70, Rentnerin

„Liberal ist so wie loyal“
Viktor, 23, Student

„Liberalismus bedeutet, dass es nicht nur eine Meinung geben kann. Außerdem gibt es keinen Zwang, wenn es Liberalismus gibt. In der Ukraine herrscht eine Art verkehrte Form des Liberalismus, was zu Problemen führt. Doch an sich ist Liberalismus eine gute Sache“ Olexandr, 55, Computertechniker

„Liberalismus sagt mir gar nichts“
Olena, 34, Wahlkämpferin

Inhalt:

Was ist Freiheit?	S. 4
Freiheit und Privates Eigentum	S. 6
Freiheit und Rechtsstaat	S. 8
Korruption: Gift für die Freiheit	S. 11
Freiheit und Toleranz	S. 13
Freiheit und Demokratie	S. 15
Linksammlung Liberalismus	S. 18
Aus der Verfassung der Ukraine zu den Kapiteln dieser Schrift	S. 19
Quiz: Bin ich liberal?	S. 23
Inhalt CD	S. 25

Was ist Freiheit?

Wir sind frei, wenn

- wir selbst über uns, was wir anstreben und wie wir leben wollen, bestimmen
- wir über Eigentum frei verfügen
- wir in einer Demokratie leben und diese Demokratie mitgestalten können
- keine politische Zensur stattfindet, sondern wir unsere Überzeugungen kundtun können
- der Macht des Staates deutliche Grenzen gesetzt werden
- wir in einer unabhängigen Ukraine ohne fremde Herrschaft leben.

FREIHEIT IST REAL UND WICHTIG

Wer möchte das alles nicht? Wonach haben wir uns in den letzten Jahren und Jahrzehnten gesehnt? Wofür haben wir gekämpft? Freiheit ist keine Theorie, sondern die Beschreibung eines konkreten Zustands. Wir wollen Unabhängigkeit, Selbstbestimmung, Gedankenfreiheit und einen Staat, vor dem wir uns nicht fürchten müssen.

FREIHEIT HEIßT FREIHEIT JEDES EINZELNEN

Die Freiheit heißt vor allem Freiheit des Individuums. Sie ist für jeden da. Freiheit heißt, dass die Freiheit des Einzelnen von seinen Mitmenschen respektiert wird. Aber auch, dass jeder Mensch sich für die Freiheit anderer Menschen einsetzt. Die Freiheit darf vom Einzelnen nicht dazu benutzt werden, andere Menschen in der Ausübung ihrer Freiheit einzuschränken.

Freiheit heißt nicht, dass alles beliebig oder egal ist. Freiheit ist auch keine Anarchie. Freiheit setzt Ordnung voraus. Ohne Recht und ohne Gleichheit vor dem Gesetz gibt es keine Freiheit.

FREIHEIT SETZT ORDNUNG – NICHT UNTERORDNUNG - VORAUS

In der Ukraine wird Freiheit historisch mit Anarchie und weniger mit Rechtssicherheit und einer demokratischen Ordnung gleichgesetzt. Doch die anarchische „Freiheit“ der Kosaken und die der Machno-Bewegung ist nicht die Freiheit im liberalen Sinne. Der ukrainische Staat scheint allzuoft dazu zu neigen, seine Bürger als lästige Untertanen oder Kinder zu begreifen, für die er da sein muss. Viele Bürger glauben im Gegenzug an den „paternalistischen“ Staat, das heißt, sie erwarten vom Staat die Lösung ihrer Probleme. Das hat noch nie funktioniert und kann auch nicht funktionieren. Die Vorstellung, dass der Staat alles richten kann, hat aber fatale Folgen. Es

kommt zu einer Entfremdung zwischen erwartungsvollem Bürger und unwilligem Staat, was die Nichtrespektierung von gültigen Regeln und im schlimmsten Falle Chaos zur Folge hat.

DER STAAT ALS DIENER FREIER BÜRGER

Für uns Liberale steht die Freiheit des Individuums im Mittelpunkt. Kein Wert ist höher. Deswegen definieren wir die Rolle des Staates so, dass der Staat gesetzliche Rahmenbedingungen setzt, die es dem Einzelnen ermöglichen, seine Freiheit zu leben. Wir sind der Auffassung, dass der Staat für den Bürger da ist, nicht der Bürger für den Staat. Er hat eine dienende, nicht eine diktierende Rolle. Der Staat wird dadurch aber nicht überflüssig. Im Gegenteil: er ist wichtig, um die Freiräume und den Rahmen zu schaffen, die der Bürger braucht, um seine Freiheit leben zu können. Er schützt den Bürger und sein Eigentum, so dass er sich ohne Angst vor Willkür, Einschüchterung oder Gewalt frei entfalten kann. Der Staat muss daher dafür sorgen, dass der Bürger gestärkt und befähigt wird, seine Aufgaben im Leben selbst zu lösen.

LIBERALE VERTRAUEN DEM FREIEN BÜRGER

Freiheit heißt, dem einzelnen Bürger zuzutrauen, den eigenen Verstand zu benutzen. Geschützt werden muss in erster Linie also die Freiheit, die es dem Einzelnen ermöglicht, die Verantwortung für sich selbst übernehmen zu dürfen. Dazu bedarf es einer neutralen, berechenbaren und von Willkür freien Instanz, welche die Handlungsspielräume und Freiräume zwischen den einzelnen Menschen abgrenzt. Das Recht ist eine solche Instanz. ***Wir als Liberale wollen, dass die Herrschaft des Rechts und die Menschenrechte im Mittelpunkt stehen. Diese zu wahren ist die wichtigste Aufgabe des Staates.***

Freiheit und Privates Eigentum

Frei ist nur, wer über sich selbst verfügen darf und daher zuallererst an sich selbst Eigentum hat. Die Alternative heißt einem anderen Menschen oder dem Staat zu gehören. Das wäre keine Freiheit, sondern Versklavung.

EIGENTUM NICHT FÜR WENIGE, SONDERN FÜR ALLE

Liberale betrachten Eigentum als einen Kernbaustein des menschlichen Daseins und Teil der menschlichen Natur. Einen Menschen ohne Eigentum soll es nicht geben. Ohne Eigentum sind Menschen abhängig von den Gaben und Almosen anderer und vom Staat. Eigentum verleiht Sicherheit und erlaubt unternehmerische Tätigkeit. Die Ergebnisse dieser Tätigkeit gehören in einem Staat, der Eigentum schützt, dem Bürger. Aufgabe des Staates ist es, das Eigentum seiner Bürger – aller Bürger – zu schützen. Das Recht auf Eigentum soll gerade diejenigen schützen, die sonst keine Möglichkeit haben, ihre Interessen zu verteidigen.

In der Ukraine wird privates Eigentum mit einer Raubprivatisierung des Staatseigentums durch die Oligarchen bzw. der Entstehung von großen Latifundien und der Rückkehr zu feudalen Verhältnissen gleichgesetzt. Diese Formen des wilden Kapitalismus werden auf den Liberalismus zurückgeführt und somit der Liberalismus selbst im Lande kompromittiert. Das ist falsch, denn Liberalismus heißt nicht Eigentum für Mächtige, sondern Eigentum für alle.

WAS EIGENTUM BEDEUTET

Eigentum ist das Recht, über eine bestimmte Sache zu verfügen. Auf diese grundlegende Feststellung folgt, dass der Mensch auch die Früchte des Eigentums an sich selbst, also an seiner Arbeit und seinen Fähigkeiten, ernten darf. Mit diesen kann er machen was er will. Er kann das Geschaffene z.B. tauschen, verkaufen, verschenken, investieren oder auch gar nichts damit machen. Damit jeder Mensch sein Eigentum schützen und mehren kann, braucht man den Rechtsstaat, der die entsprechen Rechte unterschiedslos für alle durchsetzt.

Eigentum bedeutet den Besitz von Produktionsmitteln. Diese sind Arbeit, Boden, Kapital – auch Maschinen, „geistiges Kapital“, Bildung und andere Gegenstände und Fähigkeiten, mit denen wir unseren Lebensunterhalt sichern.

EIGENTUM ALS ANTRIEB EINER PROSPERIERENDEN WIRTSCHAFT

Aus vielerlei Gründen ist das private Eigentum der Motor wirtschaftlichen Handelns:

- Nur wenn der Mensch etwas besitzt, kann er damit handeln

- Privateigentum wird gepflegt, effizienter verwaltet und effektiver genutzt als staatliches Eigentum
- Privateigentümer treffen die besseren wirtschaftlichen Entscheidungen, da sie an der Wahrung und Vermehrung ihres Eigentums interessiert sind
- Misswirtschaft können sich Eigentümer nicht leisten, da sie im schlimmsten Falle als Unternehmer ihre Existenz verlieren
- Privateigentum ermöglicht die Vorsorge für Notlagen, Alter und Krankheit unabhängig vom Staat
- Nur mit Privateigentum lassen sich Kredite aufnehmen, da es als Sicherheit eingesetzt wird, um z.B. eine Wohnung bezahlen zu können
- Darf der Mensch kein Eigentum besitzen, sind die Folgen verheerend: „Ein Mensch, der kein Eigentum erwerben darf, kann auch kein anderes Interesse haben, als so viel wie möglich zu essen und so wenig wie möglich zu arbeiten“ (Adam Smith)
- Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer: Ein staatliches System kann in einem immer komplexeren Wirtschaftsalltag nie die Milliarden von Entscheidungen einzelner Unternehmer ersetzen. Sie sind es, die ihr Eigentum gewinnbringend und eigenverantwortlich einsetzen.

EIGENTUM DIENT DEM ALLGEMEINWOHL

In der Summe der Entscheidungen zum eigenen Wohl steigt das Wohl aller Bürger. *Eigentum ist für Liberale die Grundlage modernen, verantwortlichen Wirtschaftens und damit die Grundlage einer funktionierenden Marktwirtschaft. Deshalb setzten sich Liberale für die Mehrung des Privateigentums und einen effektiveren Schutz des Rechts auf Eigentums ein.*

Wenn die Menschen über ihr Eigentum verfügen, handeln sie nicht nur zu ihrem eigenen Wohle, sondern auch zum Wohle der Allgemeinheit, da Produktionsmittel wie Kapital und Maschinen dann so eingesetzt werden, dass der *größte* Gewinn entsteht.

Freiheit und Rechtsstaat

FREIHEIT OHNE RECHT IST UNMÖGLICH

Freiheit ist ein zerbrechliches Gut, die – wie die Geschichte zeigt – immer weggenommen oder eingeschränkt werden kann. In der Willkürherrschaft des Kommunismus zählte Freiheit wenig. Das Recht diente nicht dem Schutz von Freiheit, sondern der Machtsicherung der herrschenden *Nomenklatura*. Liberale sehen eine Wechselwirkung zwischen Freiheit und Recht. Freiheit muss gegen Willkür geschützt werden. Das ist die Funktion des Rechts. Dies ist nur in einem sogenannten Rechtsstaat möglich.

IN DER UKRAINE IST DER RECHTSSTAAT NOCH NICHT VERWIRKLICHT

Die heutige Ukraine ist nur auf dem Papier ein Rechtsstaat. Gesetze werden verabschiedet und oft nicht befolgt. Dies gilt auf allen Ebenen der Gesellschaft: vom Bürger bis zum Präsidenten. Besonders problematisch ist, wenn Garanten der Verfassung, wie Präsident oder Regierung, wegen vermeintlich „höherer Ziele“ die Verfassung verletzen.

RECHTSSTAAT HEISST KEINE WILLKÜR

Das zentrale Merkmal des Rechtsstaates ist, dass Willkür ausgeschlossen ist. Freiheit von Willkür heißt, dass alle Menschen vor dem Gesetz, aber auch vor den Gerichten, den Behörden und der Staatsanwaltschaft gleich sind. Ebenfalls darf es keine Strafe ohne Gesetz geben. Um diese zentralen Anliegen zu erreichen, ist eine vom Staat und von der Regierung unabhängige Justiz notwendig. Gerichte und Staatsanwaltschaften müssen getrennt voneinander arbeiten, Gerichte sind finanziell und organisatorisch unabhängig von anderen Gewalten im Staat.

RECHTSSTAAT UND MENSCHENRECHTE

Der Rechtsstaat schützt an oberster Stelle die Menschenrechte. Aus diesen allgemein durch die Völkergemeinschaft anerkannten Rechten leiten sich die Grundrechte, die in der Verfassung der Ukraine festgelegt sind, ab. Diese Rechte schützen die Menschenwürde, die freie Entfaltung der Persönlichkeit, die Freiheit der Person, das Recht auf Leben, die Glaubens- und Gewissensfreiheit, die Meinungs- und Pressefreiheit, die Freiheit der Kunst und der Wissenschaft, Ehe, Familie und Kinder, die Versammlungsfreiheit, die Vereinigungsfreiheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung, das Brief- und Postgeheimnis, die Freizügigkeit in unserem Land, die Freiheit der Berufswahl sowie das Eigentum. Ohne Grundrechte gäbe es keine Freiheit.

GESETZE MÜSSEN RECHTSTAATLICH SEIN UND GRUNDRECHTE SCHÜTZEN

Sowohl die Beziehungen der Bürger untereinander, als auch die Beziehungen zwischen Bürger und Staat, werden durch Recht in Form von Gesetzen geregelt. Dabei dürfen die Gesetze weder den Grundsätzen des Rechtsstaats noch den Menschenrechten und den in der Verfassung festgelegten Grundrechten widersprechen.

RECHT MUSS GERECHTIGKEIT HEISSEN

Im liberalen Rechtsstaat ist das höchste Maß für die Justiz Gerechtigkeit. Sie darf nicht für andere Zwecke missbraucht werden, auch nicht im Namen ‚höherer Werte‘. Der Rechtsstaat funktioniert durch Rechtssicherheit. Die Regeln müssen für jeden klar und nachvollziehbar sein und für einen längeren Zeitraum gemacht werden. Dies erzeugt Stabilität.

WAS RECHTSSTAAT IM EINZELNEN BEDEUTET

Wesentliche Grundsätze des Rechtsstaates sind:

- Der Staat steht nicht über dem Recht, was heißt, dass innerhalb der Regeln gespielt wird, nicht mit den Regeln. Konkret bedeutet dies, dass alle staatlichen Funktionsträger und Behörden sich an die Gesetze und die Rechtssprechung der unabhängigen Justiz halten müssen. Nur dann entsteht Vertrauen in das Recht und die Rechtsordnung. Wenn der Staat über den Regeln steht, entsteht ein Unrechts- oder Willkürstaat.
- Jeder Bürger hat ein Recht auf juristischen Beistand und muss die Möglichkeit haben, seine Rechte vor Gericht einzuklagen. Es ist Aufgabe des Gesetzgebers, dafür zu sorgen, dass diese Anforderungen eines Rechtsstaates auch für einkommensschwache Bürger gesichert werden
- Ein Angeklagter ist solange unschuldig bis zum Beweis des Gegenteils. Der Kläger muss beweisen, dass die Beschuldigung stimmt, nicht der Beklagte, dass er unschuldig ist.
- Ein Verurteilter darf für eine Tat nur einmal bestraft werden
- Strafen müssen im Verhältnis zur Tat stehen. Das bedeutet, dass es für Bagatelldelikte auch nur Bagatellstrafen geben kann, aber für Verbrechen, wie z.B. Morde, aber auch Korruption, höchste Strafen gibt. Es darf nur einheitliche Strafen geben: für das gleiche Verbrechen muss auch das gleiche Strafmaß gelten.
- Sondergerichte sind verboten.

- Urteile müssen in klar definierten Zeiträumen gefällt werden. Hier ist eine strenge Prozessordnung notwendig.
- Verfahren sind öffentlich und transparent.
- Anfechtungen sind nur vor höheren Instanzen zulässig.

BÜRGERGESELLSCHAFT STATT VERRECHTLICHUNG

Doch bedeutet Rechtsstaat noch nicht automatisch den Weg zur mündigen Bürgergesellschaft: zu viele Gesetze und zu starkes Vertrauen in die Justiz als Problemlöser können das Vertrauen in die eigenen Kräfte und in die eigene Freiheit zerstören. Der Gesetzgeber muss daher zwischen Eigenverantwortung der Bürger für ihr Tun und Sicherheit durch Gesetze die richtige Balance finden.

RECHTSICHERHEIT ALS VORAUSSETZUNG FÜR INVESTITIONEN

Mangelnde Rechtssicherheit schreckt inländische und ausländische Investoren ab und blockiert die wirtschaftliche Entwicklung des Landes.

Die Modernisierung der Justiz hin zum liberalen Rechtsstaat ist eine wichtige Aufgabe, um die Qualität und Leistungsfähigkeit des Rechtsstaats zu sichern und das Vertrauen der Bürger auf sich selbst, untereinander und in die staatlichen Institutionen zu stärken.

Korruption: Gift für die Freiheit

MISSBRAUCH VON ANVERTRAUTER MACHT

Transparency International definiert Korruption als Missbrauch von anvertrauter Macht zum privaten Nutzen oder Vorteil. Korruptes Handeln verstößt in der Regel gegen das Gesetz. Sie verstößt immer gegen die guten Sitten und widerspricht dem Gerechtigkeitsinn. Wir sprechen von Korruption, wenn Entscheidungsträger mit Geldmitteln oder anderen Vorteilen belohnt oder ermuntert werden, eine Entscheidung zu treffen, die nicht dem Allgemeinwohl, sondern privaten Interessen dient. Korruption liegt auch vor, wenn Beamte ihre Pflicht nur dann erfüllen, wenn sie bestochen werden. Sie stellt immer eine unzulässige Bereicherung der nehmenden Seite dar und schädigt die Bürger. Diese haben ein aber ein Recht auf einwandfreie Dienstleistungen des Staates und eine einwandfreie Vergabe von Steuergeldern.

KORRUPTION SETZT GEBER UND NEHMER VORAUS

Korruption hat immer zwei Seiten: Bestechung und Bestechlichkeit, das heißt, jemand, der besticht und jemand, der sich bestechen lässt. Es gibt Korruption im staatlichen Bereich, z.B. in der öffentlichen Verwaltung, bei der Vorbereitung von Gesetzen und Regulierungen oder beim Einfluss auf politische Entscheidungen. Korruption gibt es auch im Zusammenhang mit dem privaten Sektor. Zum einen handelt es sich um Korruption zwischen Staat und Firmen, z.B. bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und zum anderen um Korruption zwischen Firmen, z.B. bei der Vergabe von Zulieferaufträgen oder im Subunternehmertum.

KORRUPTION IST SCHÄDLICH NICHT NUR FÜR DIE WIRTSCHAFT

Korruption führt nicht nur zu hohen materiellen, sondern auch zu enormen immateriellen Schäden. Dies geschieht, wenn die Bürger über einen längeren Zeitraum in einem korrupten System leben und das Vertrauen in die Regierung, die öffentliche Verwaltung, die Justiz und am Ende sogar in die parlamentarische Demokratie verlieren.

Korruption ist in der Ukraine historisch bedingt eine Folge des Sowjetsystems, in dem es darum ging, sich gegen Unterdrückung zu wehren und Überlebensmechanismen zu entwickeln. Das Prinzip lautete „hilfst Du mir, helfe ich Dir“. Dies ist bis heute in der ukrainischen Gesellschaft fest verankert.

So ist Bestechung in der Ukraine weit verbreitet: beispielsweise um Studienplätze zu erhalten, eine angemessene ärztliche Versorgung zu bekommen oder um notwendige Papiere z.B. für Baugenehmigungen zu besorgen.

KORRUPTION WIRD ABGELEHNT UND DENNOCH PRAKTIZIERT

Umfragen in der Ukraine haben ergeben, dass zwar die Mehrheit der Bevölkerung ganz klar gegen Korruption ist. Wenn es sich jedoch um den Studienplatz der eigenen Tochter, die Operation der eigenen Mutter und die Baugenehmigung für die eigene Datscha handelt, wird beschenkt und bezahlt. Dies ist eine besorgniserregende Tatsache. Wenn Korruption als normal gilt, was in vielen Staaten der Welt der Fall ist, entsteht eine Kultur der Korruption, die man nur sehr schwer wieder umkehren kann.

KORRUPTION ALS REAKTION ÜBERFORDERTER BÜRGER

Korruption wird unter anderem durch einen aufgeblähten Staat begünstigt, in dem es zu viele und vor allem zu komplizierte Regelungen gibt. Dies führt dazu, dass die Bürger ihre Rechte nicht kennen, diese oft gar nicht einhalten können, und Verwirrung herrscht, welche Regeln für wen tatsächlich gelten. Um Vorgänge zu beschleunigen, wird bezahlt. Um sich vor Beamten zu schützen, die diese Situation ausnutzen und Geld verlangen, werden Geschenke gemacht. Dadurch wird der Bürger seinen Rechten beraubt.

Liberale stehen deswegen für einfache, nachvollziehbare und klare Regeln, sowohl im Steuersystem als auch in der Verwaltung sowie für ein konsequentes Vorgehen gegen Korruptierte und Korumpierende.

Freiheit und Toleranz

„Ich teile Eure Meinung nicht, aber ich werde darum kämpfen, dass Ihr sie zum Ausdruck bringen könnt.“ (François Marie Voltaire zugeschrieben)

TOLERANZ SCHÜTZT MEINE FREIHEIT UND DIE FREIHEIT ANDERER

Toleranz heißt, Respekt für andere Menschen und deren Andersartigkeit zu haben. Toleranz und Freiheit stehen in enger Verbindung zueinander, da nur durch Respekt für die Anderen größtmögliche Freiheit für alle Mitglieder einer Gesellschaft garantiert wird. Daher bedeutet Toleranz für uns als Liberale vor allem Schutz vor Diskriminierung. Grundsätzlich darf niemand wegen seiner ethnischen Herkunft, Sprache, Religion, seines Alters oder sexuellen Orientierung diskriminiert werden. Toleranz muss auch gegenüber denen herrschen, die eine andere Meinung und Weltanschauung vertreten.

TOLERANZ HEIßT PLATZ FÜR ALLE

Dies ist wichtig, da für uns Liberale eine freie Gesellschaft pluralistisch sein muss. Sie kann und will nicht anders als allen Menschen gleiche Rechte und gleiche Chancen zu bieten. Versuche, eine Konformität zu erzwingen, bedeutet zwangsläufig Beschränkung der Freiheit. Können sich alle Menschen ohne Angst vor Ausschluss oder Erniedrigung selbst verwirklichen, das heißt, sie werden toleriert und nicht diskriminiert – egal ob von Staat oder Mitbürgern – entsteht unserer Meinung nach die beste Gesellschaft; eine Gesellschaft, in der alle Platz haben.

TOLERANZ HEIßT ABER NICHT GLEICHGÜLTIGKEIT

Das heißt nicht, dass alles egal zu sein hat, oder man über Unterschiede nicht sprechen darf. Der offene Dialog zwischen verschiedenen Gruppen und Minderheiten ist ein Kennzeichen einer toleranten, freien Gesellschaft in der alle Achtung vor den anderen Menschen und deren Meinungen haben. Man muss über Unterschiede reden, um sie zu verstehen und um Probleme zu lösen. Probleme sind real und können nicht wegdiskutiert werden. Eine tolerante Gesellschaft ist auch eine Gesellschaft, die in der Lage ist Konflikte – mit friedlichen Mitteln – auszutragen. Wenn dem nicht so wäre, werden wir den Menschen in ihrer Vielfalt nicht gerecht. Wir würden Andersdenkende nicht wirklich respektieren. Probleme würden unterm Teppich gekehrt mit all den diesbezüglichen Gefahren.

TOLERANZ ALS NOTWENDIGE GRUNDHALTUNG DES BÜRGERS

Der Abbau von Diskriminierungen und der Aufbau von Toleranz lässt sich aber trotz der vielerorts schon in Kraft getretenen Antidiskriminierungsgesetze und Quotenregelungen nicht staatlich

verordnen. Dies sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Nur durch eine Veränderung der herrschenden Mentalität und des Bewusstseins kann hier etwas erreicht werden. Eine Flut von Klagen vor den Gerichten nützt nichts.

Wir Liberale setzen uns für eine Kultur des Miteinanders ein, in der Diskriminierung und Vorurteile geächtet und Vielfalt und Unterschiedlichkeit akzeptiert und toleriert werden.

Freiheit und Demokratie

POLITISCHE RECHTE, TEIL DER FREIHEIT, VERLANGEN DEMOKRATIE

Demokratie ist kein liberaler Wert an sich, aber sie ist das Regierungssystem, das unseren Werten wie Freiheit, Eigenverantwortung und Chancengleichheit am meisten gerecht wird. Der Bürger aus der Sicht des Liberalismus ist frei und politisch mündig, er braucht weder König noch Kaiser, er kann sich selbst verwalten und regieren. Für Liberale hat daher das gleichmäßig auf alle Bürger verteilte Recht auf Zugang zu politischer Mitbestimmung besondere Bedeutung: Wenn schon Staat sein muss, dann muss dieser so sein, dass jeder Bürger daran Teil hat und mitbestimmt. Das gehört zu den politischen Rechten eines jeden Bürgers und ist somit seine Freiheit.

DEMOKRATIE HEIßT BEDINGTE MACHT, KEINE ALLMACHT

Demokratie ist kein Selbstzweck. Sie ist notwendig für alle Bereiche des Lebens, die nicht vom Einzelnen selbst bestimmt werden kann. Hätten wir keine Demokratie, gäbe es Diktatur, das Diktat einer Person oder einer Gruppe. Demokratie ist dafür da, den jeweils von der Mehrheit der Bürger mittels Wahlen bestimmten Politikern die Regierungsgewalt auf Zeit zu übertragen und nach Ende der Regierungszeit einen friedlichen Machtwechsel zu ermöglichen. Auf diese Weise wird dafür gesorgt, dass sich weder despotische Regime einrichten, noch blutige Nachfolgekämpfe ausbrechen.

EINE DEMOKRATIE MUSS VERFASSUNG, GRUNDRECHTE UND RECHTSSTAAT RESPEKTIEREN

Demokratie im Liberalismus ist aber mehr als nur die Regierung oder Herrschaft der Mehrheit. Eine Demokratie braucht eine Verfassung, die die Verteilung der politischen Macht zwischen Exekutive, Legislative und Judikative festlegt. Zudem beinhaltet eine Verfassung Prinzipien des Rechtsstaates, unveräußerliche Grundrechte und Mechanismen der Gewaltenteilung und gegenseitigen Kontrolle, die allesamt eine „Tyrannei der Mehrheit“ verhindern. Staatliches Handeln muss immer innerhalb der Spielregeln der Verfassung und der geltenden Gesetzen erfolgen

EINE DEMOKRATIE DARF KEINE DAUERHAFTE LÄHMUNG SEINER FUNKTIONSFÄHIGKEIT DULDEN

In der Ukraine ist die Machtbalance zwischen Präsident und Parlament strittig und ungenau festgelegt. Sie führt zu einer dauerhaften Pattsituation, die die Glaubwürdigkeit und die Gestaltungskraft unserer Demokratie untergräbt. Sie muss deshalb neu geregelt werden und ist eine vorrangige Aufgabe. Eine Lösung darf nicht unter Umgehung der Verfassung und seiner Organe aufgezungen werden.

DEMOKRATIE HEIßT AUCH FÜR DIE UNTERLEGENEN DA ZU SEIN

Wahlsieg ist die eine Seite, aber die Garantie der Rechte der unterlegenen Minderheit durch Verfassung und Gerichtsbarkeit ist die andere Seite der Medaille. Eine Demokratie ist auch für die unterlegene Seite, für Minderheiten und für die Opposition da – für alle Staatsbürger. Durch Mitspracherechte der Opposition läuft Demokratie zumeist auf einen gesellschaftlichen Konsens hinaus, bei dem die beste der angebotenen Ideen gewinnt. Dafür ist freie Interessens- und Meinungsäußerung wichtig. Die Opposition muss aber auch das Resultat einer Wahl akzeptieren und sich konstruktiv engagieren.

DEMOKRATIE BEDEUTET REALE TEILHABE AM POLITISCHEN PROZESS DURCH WAHLEN

Demokratie heißt auch, dass es einen festgelegten Prozess gibt, um den Willen der Bürger politisch umzusetzen. Dies erfolgt durch Wahlen und Abstimmungen. Bürger entscheiden darüber, wer sie im Parlament vertreten soll – indirekte oder repräsentative Demokratie – oder direkt, wie beim Wahl des Präsidenten oder in Volksbegehren und –abstimmungen. Bei dem zentralen Mittel der Demokratie, den Wahlen und Abstimmungen, gilt, dass alle Bürger gleichberechtigt sind. Das heißt, jeder hat gleich viele Stimmen, die Entscheidung liegt alleine beim Wähler. Die Stimmabgabe erfolgt geheim und anonym. Alle Bürger haben das Recht, selbst zu kandidieren oder selbst politische Lösungsvorschläge zu entwickeln und dafür zu werben.

DEMOKRATIE SETZT BÜRGERORIENTIERTE PARTEIEN VORAUS

Menschen mit gleichen Vorstellungen und Zielen, die Einfluss auf die Politik nehmen wollen, schließen sich in politischen Parteien zusammen. In diesen legen sie die Ziele ihres politischen Handelns fest. Über die Inhalte entscheiden in einer Partei die Parteimitglieder und nicht nur der oder die Parteivorsitzende. Die Bürger wählen Parteien, von denen sie eine bestimmte Zeit lang regiert werden wollen. Demokratie ist daher primär ein Wettstreit um die beste Idee oder das beste Konzept, Probleme zu lösen, nicht ein Machtkampf zwischen Personen. Diese können nur Ideen vertreten, doch sind sie nicht Gegenstand eines Programmes selbst.

ENGAGEMENT ALS VORAUSSETZUNG FÜR DEMOKRATIE

Doch die Demokratie darf nicht nur auf Institutionen reduziert werden. Demokratie ist neben der Staats- eine Lebensform, die auf den Willen zum Mitmachen setzt. Sie kann weder verordnet werden noch von außen kommen; sie muss auf ein parteiübergreifendes, inneres „ja“ zur Demokratie aufgebaut sein.

Dies erfordert zuallererst überzeugte Demokraten, die Selbstregierung wollen, sich dies zutrauen und sich für diese Freiheit einsetzen. Eine demokratische Ordnung auf dem Papier bringt noch keine Bürgergesellschaft hervor. Bürger, die sich engagieren, sind die Grundvoraussetzung einer Demokratie.

DEMOKRATIE MUSS IMMER NEU ERKÄMPFT WERDEN

Dies ist nicht einfach und fordert viel mehr vom Bürger als das Leben in einem autoritären Staat. Demokratie ist Freiheit. Sie muss immer wieder neu erkämpft werden. Sich zu einigen ist schwerer, als zu glauben, die „starke Hand“ wird schon alles richten. Rückschläge gehören genauso zum demokratischen Geschäft wie das zähe Ringen um Kompromisse. Es gibt keine Demokratie ohne Demokraten.

Deswegen engagiert sich die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit für politische Bildung, damit die Bürger in die Lage versetzt werden, sich politisch zu engagieren.

Linksammlung Liberalismus

- Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit
www.freiheit.org
- FNF-Büro für Mittel-, Südost- und Osteuropa, Südkaukasus und Zentralasien in Sofia
http://www.freiheit.org/webcom/show_uebersicht.php/_c-607/_lkm-154/i.html
- FNF-Projekt Ukraine und Belarus
<http://www.ukraine.fnst.org/>
- Virtuelle Akademie der FNF
http://virtuelle-akademie.fnst.org/webcom/show_article.php?wc_c=5278
- Liberales Institut der FNF
http://www.freiheit.org/webcom/show_uebersicht.php/_c-149/i.html
- Publikationen des Liberalen Instituts
http://www.freiheit.org/webcom/show_article.php/_c-174/i.html
- Archiv des Liberalismus
http://www.freiheit.org/webcom/show_article.php/_c-333/_nr-3815/i.html
- Glossar liberaler Begriffe http://www.politik-fuer-die-freiheit.de/webcom/show_page.php/_c-5/_nr-1/_lkm-20/i.html
- Sammlung liberaler Zitate
http://southasia.fnst.org/webcom/show_article.php/_c-393/_lkm-252/i.html
- Liberale Stichtage
http://www.freiheit.org/webcom/show_article_bb.php/_c-573/_lkm-458/i.html
- Über Friedrich Naumann, Namenspatron der Stiftung
http://www.freiheit.org/webcom/show_article.php/_c-36/_lkm-62/i.html
- Verfassung der Republik Ukraine
<http://www.rada.gov.ua/const/conengl.htm>

Aus der Verfassung der Ukraine zu den Kapiteln dieser Schrift

Freiheit:

Artikel 3

Der Mensch, dessen Leben und Gesundheit, Ehre und Würde, seine Unverletzlichkeit und Sicherheit ist in der Ukraine als höchster sozialer Wert anerkannt. Menschenrechte und Freiheiten und ihre Garantien bestimmen die Essenz und den Kurs der Aktivität des Staates. Der Staat ist der Person gegenüber für seine Aktivität verantwortlich. Menschenrechte und Freiheiten zu besätigen und sicherzustellen, ist die Hauptpflicht des Staats.

Artikel 21

Alle Menschen sind frei und in ihrer Würde und ihren Rechten gleichwertig. Menschenrechte und Freiheiten sind unveräußerlich und unverletzlich.

Artikel 23

Jede Person hat das Recht auf freie Entwicklung ihrer Persönlichkeit, soweit hierdurch die Rechte und Freiheiten anderer Personen nicht verletzt werden; jeder hat Pflichten vor der Gesellschaft, die seine freie und umfassende Entwicklung seiner Persönlichkeit sicherstellt.

Artikel 68

Jede Person hat die Verfassung und die Gesetze der Ukraine strikt zu beachten; niemand darf die Rechte und Freiheiten sowie die Ehre und Würde anderer Menschen verletzen. Die Unkenntnis von Gesetzen befreit nicht von der gesetzlichen Verantwortlichkeit.

Eigentum:

Artikel 13

(...) Eigentum bringt Verantwortung mit sich. Eigentumsrechte sollen nicht zum Schaden anderer Personen oder der Gesellschaft ausgeübt werden. Der Staat gewährleistet den Schutz der Rechte aller Rechtssubjekte, wie das Recht auf Besitz und wirtschaftliche Tätigkeit sowie die soziale Orientierung der Wirtschaft. Alle Träger von Eigentumsrechten sind vor dem Gesetz gleich.

Artikel 41

Jede Person hat das Recht, eigenen Besitz zu haben, zu verwenden und zu verwalten und die Früchte seiner intellektuellen und kreativen Tätigkeit zu ziehen. Das Recht auf Privateigentum darf im Rahmen des gesetzlich bestimmten Vefahrens ausgeübt werden. Um ihre Bedürfnisse zu erfüllen, können Bürger Objekte des Rechts des staatlichen und lokalen Eigentums gemäß der bestehenden Gesetze verwenden. Keine Person darf des Rechts auf Eigentums gesetzwidrig beraubt werden. Das Recht auf privates Eigentums ist unverletzlich (...).

Rechtsstaat:

Artikel 1

Die Ukraine ist ein souveräner und unabhängiger, demokratischer, sozialer, den Gesetzen verpflichteter Staat.

Artikel 8

In der Ukraine ist das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit anerkannt und wirksam.

Die Verfassung der Ukraine ist die höchste legale Gewalt. Gesetze und andere normative Akte ergehen im Rahmen der Verfassung und sollen dieser entsprechen.

Die Normen der Verfassung der Ukraine haben unmittelbare Wirkung. Das Recht zur Anrufung des Gerichts zur Verteidigung der verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten des Individuums und der Bürger wird von der Verfassung der Ukraine unmittelbar garantiert.

Artikel 24

Bürger haben gleiche verfassungsmäßige Rechte und Freiheiten und sind vor dem Gesetz gleich. Es soll keine Privilegien oder Einschränkungen basierend auf Rasse, Hautfarbe, politische, religiöse und andere Überzeugungen, Geschlecht, ethnische und soziale Herkunft, Besitz, Wohnsitz, sprachliche oder andere Merkmale geben (...).

Toleranz:

Artikel 11

Der Staat fördert die Vereinigung und Entwicklung der ukrainischen Nation von seinem historischen Bewusstsein, seinen historischen Traditionen und seiner historischen Kultur her und fördert auch die Entwicklung der ethnischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen Identität aller einheimischer Völker und nationaler Minderheiten der Ukraine.

Artikel 15

Das soziale Leben in der Ukraine basiert auf den Prinzipien politischer, ökonomischer und ideologischer Vielfalt. Keine Ideologie soll vom Staat als obligatorisch erkannt werden. Eine Zensur findet nicht statt. Der Staat garantiert die Freiheit politischer Aktivitäten und verbietet diese weder durch die Verfassung noch die Gesetze der Ukraine.

Demokratie:

Artikel 1

Die Ukraine ist ein souveräner und unabhängiger, demokratischer, sozialer, den Gesetzen verpflichteter Staat.

Artikel 5

Die Ukraine ist eine Republik. Das Volk ist Träger von Souveränität und einzige Quelle der Gewalt in der Ukraine. Das Volk übt die Macht direkt und durch die Körperschaften der Staatskraft und der lokalen Selbstverwaltung aus. Das Recht, die verfassungsmäßige Ordnung in der Ukraine zu bestimmen und zu ändern, steht ausschließlich dem Volk zu und soll vom Staat, seinen Körperschaften oder Beamten nicht unterlaufen werden. Niemand soll die Staatskraft unterlaufen

Artikel 6

Die Staatsgewalt in der Ukraine beruht auf dem Prinzip der Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Rechtsprechung. Die Körperschaften der Legislative, Exekutive und Rechtsprechung üben ihre Autorität im Rahmen dieser Verfassung und in Einklang mit den Gesetzen der Ukraine aus.

Aus der Verfassung der Ukraine zu den Kapiteln dieser Schrift (UKR)

Freiheit :

Стаття 3. Людина, її життя і здоров'я, честь і гідність, недоторканність і безпека визнаються в Україні найвищою соціальною цінністю.

Права і свободи людини та їх гарантії визначають зміст і спрямованість діяльності держави. Держава відповідає перед людиною за свою діяльність. Утвердження і забезпечення прав і свобод людини є головним обов'язком держави.

Стаття 21. Усі люди є вільні і рівні у своїй гідності та правах. Права і свободи людини є невідчужуваними та непорушними.

Стаття 23. Кожна людина має право на вільний розвиток своєї особистості, якщо при цьому не порушуються права і свободи інших людей, та має обов'язки перед суспільством, в якому забезпечується вільний і всебічний розвиток її особистості.

Стаття 68. Кожен зобов'язаний неухильно додержуватися Конституції України та законів України, не посягати на права і свободи, честь і гідність інших людей.

Eigentum:

Стаття 13. (...) Власність зобов'язує. Власність не повинна використовуватися на шкоду людині і суспільству.

Держава забезпечує захист прав усіх суб'єктів права власності і господарювання, соціальну спрямованість економіки. Усі суб'єкти права власності рівні перед законом.

Стаття 41. Кожен має право володіти, користуватися і розпоряджатися своєю власністю, результатами своєї інтелектуальної, творчої діяльності.

Право приватної власності набувається в порядку, визначеному законом.

Громадяни для задоволення своїх потреб можуть користуватися об'єктами права державної та комунальної власності відповідно до закону.

Ніхто не може бути протиправно позбавлений права власності. Право приватної власності є непорушним. (...)

Rechtsstaat:

Стаття 1. Україна є суверенна і незалежна, демократична, соціальна, правова держава.

Стаття 8. В Україні визнається і діє принцип верховенства права. Конституція України має найвищу юридичну силу. Закони та інші нормативно-правові акти приймаються на основі Конституції України і повинні відповідати їй.

Стаття 24. Громадяни мають рівні конституційні права і свободи та є рівними перед законом.

Не може бути привілеїв чи обмежень за ознаками раси, кольору шкіри, політичних, релігійних та інших переконань, статі, етнічного та соціального походження, майнового стану, місця проживання, за мовними або іншими ознаками. (...)

Toleranz:

Стаття 11. Держава сприяє консолідації та розвитку української нації, її історичної свідомості, традицій і культури, а також розвитку етнічної, культурної, мовної та релігійної самобутності всіх корінних народів і національних меншин України.

Стаття 15. Суспільне життя в Україні ґрунтується на засадах політичної, економічної та ідеологічної багатоманітності.

Жодна ідеологія не може визнаватися державою як обов'язкова.

Цензура заборонена. Держава гарантує свободу політичної діяльності, не забороненої Конституцією і законами України.

Demokratie:

Стаття 1. Україна є суверенна і незалежна, демократична, соціальна, правова держава.

Стаття 5. Україна є республікою.

Носієм суверенітету і єдиним джерелом влади в Україні є народ. Народ здійснює владу безпосередньо і через органи державної влади та органи місцевого самоврядування.

Право визначати і змінювати конституційний лад в Україні належить виключно народові і не може бути узурповане державою, її органами або посадовими особами.

Ніхто не може узурпувати державну владу.

Стаття 6. Державна влада в Україні здійснюється на засадах її поділу на законодавчу, виконавчу та судову.

Органи законодавчої, виконавчої та судової влади здійснюють свої повноваження у встановлених цією Конституцією межах і відповідно до законів України.

Quiz: Bin ich liberal?

Alle Fragen beziehen sich auf liberale Positionen. Lesen und überdenken Sie diese sorgfältig und wählen Sie für sich die zutreffende Antwort. Machen Sie das Quiz evtl. nach der Lektüre der vorliegenden Broschüre nochmals! Haben sich Ihre Antworten verändert?*

1. Liberalismus ist eine Idee der starken, über Eigentum verfügenden Menschen der Welt. Sie ist für Arme genauso ungeeignet wie für Schwache und Kranke.

STIMME ZU

STIMME NICHT ZU

2. Das Entstehen schwerer Wirtschaftskrisen -wie die aktuelle Finanzkrise- wird besonders begünstigt, wenn der Staat zu stark in das Marktgeschehen eingreift.

STIMME ZU

STIMME NICHT ZU

3. Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Soziale Marktwirtschaft sind die Garanten für Frieden und Freiheit:

STIMME ZU

STIMME NICHT ZU

4. Menschenrechte müssen geschützt und die Rechtsstaatlichkeit gefördert werden, um einen stabilen Rahmen für eine solide Wirtschaft aufzubauen.

STIMME ZU

STIMME NICHT ZU

5. Privateigentum ist der Motor wirtschaftlichen Handelns, da privates Gewinnstreben am Ende der Gesellschaft als Ganzes zugute kommt.

STIMME ZU

STIMME NICHT ZU

6. Eine Partnerschaft zweier gleichgeschlechtlicher Menschen soll der Ehe gleichwertig sein.

STIMME ZU

STIMME NICHT ZU

7. Die Meinung einer Mehrheit darf nicht als Gesetz verabschiedet und gegen eine Minderheit gerichtet werden.

STIMME ZU

STIMME NICHT ZU

8. In der Marktwirtschaft macht jeder das, wozu er/sie geneigt und befähigt ist. Dies fördert das Allgemeinwohl mehr als staatliche Regulierung.

STIMME ZU

STIMME NICHT ZU

9. Eine Marktwirtschaft bringt am Ende keine Gesellschaft von Gleichen hervor, aber sie bewirkt die Beseitigung von Klassenunterschieden und Hierarchien.

STIMME ZU

STIMME NICHT ZU

10. Gedankenfreiheit hat Vorfahrt: Wissenschaftlicher Fortschritt ist die Folge von Gedankenfreiheit und Wettbewerb.

STIMME ZU

STIMME NICHT ZU

11. Willkür wird durch Rechtsstaat, aber auch durch demokratische Kontrolle von Macht verhindert.

STIMME ZU

STIMME NICHT ZU

12. Durch privates Eigentum an den Produktionsfaktoren entsteht weniger Missbrauch als in einer Planwirtschaft.

STIMME ZU

STIMME NICHT ZU

13. Sprachliche und kulturelle Minderheiten sollen gleiche Rechte wie alle anderen Bürger haben.

STIMME ZU

STIMME NICHT ZU

* liberale Antworten sind: *STIMME NICHT ZU* Frage 1; *STIMME ZU* Fragen 2-12

Inhalt CD

Dieser Broschüre liegt eine CD mit Materialien bei. Auf dieser finden Sie folgende Texte bekannter liberaler Autoren zum Selbststudium:

- DAHRENDORF, ...
- DE SOTO, ...
- HAYEK, ...
- POPPER, ...